

# Wahlprogramm

Vorpommern-Rügen

**Die Linke**

**wir entscheiden sozial**



**Kommunalwahl  
am 9. Juni 2024**

## 16 Punkte für Vorpommern-Rügen



### „und der Zukunft zugewandt“

Die Kommunalwahl 2024 wird die Weichen für die weitere Entwicklung unseres Landkreises in den nächsten 5 Jahre stellen und natürlich ihre Wirkung für die Zeit darüber hinaus entfalten. DIE LINKE hat in ihrer bisherigen Arbeit im Kreistag gezeigt, dass sie immer im Interesse der Bürger handelt und keine Scheu hat, Missstände aufzuzeigen und den Weg für Veränderungen zu ebnen.

Auch wenn die Mehrheitsverhältnisse bisher schwierig waren, Pandemie und unsichere Weltlagen bis auf die kommunale Ebene durchschlagen, ist sie dabei letztendlich oft genug erfolgreich gewesen und hat Verbesserungen durchgesetzt.

Dies soll im neuen Kreistag fortgesetzt und erweitert werden, da sind wir optimistisch. Darum kämpfen wir mit dem neuen Wahlprogramm um weitere Wählerstimmen.

Dazu haben wir es so weiterentwickelt, dass es Vorpommern-Rügen voranbringen kann – im Interesse aller Menschen hier:

**sozial, gerecht und solidarisch.**

## Präambel

Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist nach der Fläche der fünftgrößte in ganz Deutschland. Er ist reich gegliedert, und alle Teile haben ihre ganz eigenen Stärken, stehen aber auch vor eigenen Herausforderungen, die berücksichtigt werden müssen. Nirgendwo erledigen sich die großen Zukunftsfragen von allein, ob es der demografische Wandel, die Digitalisierung, die Entwicklung der Arbeitswelt oder Folgen des Klimawandels sind. Auch DIE LINKE stellt sich diesen Themen überall im Landkreis, auf dem Festland, auf den Inseln und in der Hansestadt Stralsund. Wer im Kreistag Kommunalpolitik betreibt, muss das mit den Menschen und für die Menschen im gesamten Landkreis Vorpommern-Rügen tun.

DIE LINKE strebt eine gute Entwicklung des ganzen Kreises an, ohne die Bedürfnisse und die Identitäten der verschiedenen Regionen aus den Augen zu verlieren. Das Gebot der Stunde ist für uns das Zuhören, um unaufgeregt gemeinsam die besten Lösungen zu finden. Die Menschen müssen vor Ort ernst genommen und stärker an Entscheidungen beteiligt werden. Bürgerbeteiligung darf nicht zu einer hohlen Phrase werden, sondern muss die staatliche Verwaltung auf allen Ebenen ergänzen und begleiten.

Die kommunale Selbstverwaltung soll nicht an der Gemeindegrenze enden, sondern gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit über die Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg beinhalten. Darum wollen wir, als Vertreter der Partei DIE LINKE, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkreisen intensivieren. Viele Fragen der Regionalpolitik lassen sich nur überregional lösen. Wir wollen, dass kein Mensch abgehängt, ausgeschlossen oder verdrängt wird – egal, wo er lebt, egal, wo er herkommt, ungeachtet des Geldbeutels, des Alters oder des Geschlechts. Die LINKE agiert weltoffen und pro-europäisch.

Wir nehmen es nicht hin, dass sich Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Rassismus oder religiöse Verblendung in unserer Gesellschaft etablieren und verbreiten. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Landkreis gute Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden. Der Schlüsselbegriff dafür ist „öffentliche Daseinsvorsorge“.

Zugleich soll unser Landkreis seinen natürlichen Charme behalten. Die Entwicklung der Landwirtschaft, des Tourismus und der Industrie müssen mit Augenmaß auf die natürliche Umwelt abgestimmt erfolgen. Unsere Nationalparks und weitere Gebiete mit unterschiedlichem Schutzstatus werden oft als das „Tafelsilber der deutschen Einheit“ bezeichnet und so sollten wir damit umgehen: pfleglich und im Sinne der Einheit von Mensch und Natur.

Alle Bemühungen für ein gutes Leben der Menschen sind wenig wert ohne Frieden. Deshalb unterstützen wir alle ernstgemeinten Bemühungen für ein friedliches Miteinander überall auf der Welt.

Das gilt erst recht für Initiativen hier vor Ort. Bestehende Konflikte sollen mit Verhandlungen und nicht mit Waffen gelöst werden. Dabei verkennen wir nicht, wer in ihnen Aggressoren sind und wer sein Land verteidigt.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir es schaffen, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen lebenswert für alle hier lebenden Menschen und seine Gäste ist. Dazu gehören gute Kitas, Schulen, Kulturangebote, technische Infrastruktur, medizinische Versorgung, Einrichtungen der Kommunikation und der Mobilität.

All dies gilt es zu stärken und zu bewahren. Unsere Kommunalpolitik ist gegen soziale Spaltung und auf eine nachhaltige Entwicklung des Landkreises gerichtet.

DIE LINKE steht für Solidarität und Nachhaltigkeit, für einen demokratischen und weltoffenen Landkreis Vorpommern-Rügen!



# Die kommunale Finanzausstattung

Ohne Moos nix los

Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen ist in Vorpommern-Rügen groß. Die Haushaltslage entscheidet darüber, wieviel kommunale Selbstverwaltung möglich ist oder ob sie nur auf dem Papier existiert.

Die kommunalen Steuereinnahmen sind zwar wieder fast überall gestiegen, doch sind diese ungleich verteilt und werden von der überdurchschnittlichen Teuerung postwendend aufgezehrt. Während einige Orte, besonders an der Küste, aufblühen, gibt es in anderen die Gefahr strenger Auflagen zur Haushaltskonsolidierung, sprich Sparzwang. Hier sind die Kommunen und Kreise auf kluge Entscheidungen der Landesregierung angewiesen. Zwar gab es 2023 unter Rot-Rot endlich eine spürbare Entlastung durch das Land, ob dies angesichts geänderter rechtlicher und konjunktureller Rahmenbedingungen, besonders auf Bundesebene, so bleibt, darf bezweifelt werden. Es muss also weiter um eine angemessene aufgabengerechte Finanzausstattung unserer Kommunen und um die nachhaltige Stärkung zentraler Orte sowie der ländlichen Räume südlich der B 105 gerungen werden. Wenn vor Ort bei der Infrastruktur auf Verschleiß gefahren wird, kommt es uns heute, aber auch den kommenden Generationen teuer zu stehen, dann stehen gesparte Kreditkosten in keinem Verhältnis zum Mehraufwand durch exorbitant gestiegenen Bau- und Planungskosten. Deshalb ist die Schuldenbremse in diesem Bereich fehl am Platze. Kaputte Gehwege und Straßen, unsanierte Schulen und Sportstätten oder marode öffentliche Einrichtungen sprechen da eine eindeutige Sprache.

Einer der größten Ausgabebereiche sind die Kosten für die sozialen Sicherungen, ob Eingliederungshilfen für Behinderte, Wohngeld oder Leistungen nach dem Bundesteilhabegesetz – gesetzliche Aufgaben müssen vollständig vom Bund refinanziert werden. Bundesfinanzlindner hin oder her!

## Unsere Ziele:

### 1. Wer bestellt, bezahlt!

Es sollen keine Aufgaben auf die kommunalen Ebenen verlagert oder neu gestellt werden, ohne diese dafür entsprechend finanziell auszustatten. Dieses Konnexitätsprinzip muss Priorität behalten. Neu zugewiesene Aufgaben nur bei vollständigem Kostenausgleich!

### 2. Solidarität zwischen und mit den Kommunen!

Wir brauchen immer noch einen Politikwechsel: weg von dem Klein-klein der Fördertöpfchen und der Rolle als Bittsteller, weg von der Bürokratie und der Gängelung, hin zu einer deutlich besseren, langfristig planbaren und auskömmlichen kommunalen Finanzausstattung. Der Landkreis V-R hatte lange Zeit durch eine falsche Finanzplanung für ein unnötiges Haushaltssicherungskonzept und zu hohe Kreisumlagen gesorgt. Dies droht sich mittelfristig zu wiederholen und muss unterbunden werden.

### 3. In das Leben vor Ort investieren!

Städte, Gemeinden und Kreise brauchen pauschale Hilfen bei Investitionen, z.B. Schulneubau, Radwegesanierung, Kultur- und Sporteinrichtungen usw. Hier hat das Land noch unbürokratischer als bisher zu helfen! Fördermittel zu beantragen, soll einfacher werden und die Entscheidungen müssen viel schneller umgesetzt werden können.

### 4. „Freiwillige“ Leistungen finanziell sichern!

Die sogenannten freiwilligen Leistungen in unseren Kommunen stehen immer wieder zur Diskussion, weil sie im kalten Bürokratendeutsch angeblich für die Funktion einer Kommune verzichtbar wären. Dabei sind solche Dinge wie soziale Einrichtungen, Jugend- oder Seniorentreffs, Spielplätze, Kultur- und Sportstätten oder schlicht Grünflächen der Gemeinde für das Zusammenleben unverzichtbar und sollten als Pflichtaufgaben gelten. Dafür muss ein Gemeinwesen eben auch das Geld haben, überall - auch in klammen Gemeinden.



# Wirtschaft

Sie soll den Menschen dienen - nicht umgekehrt!

Sie ist jener Bereich der Gesellschaft, in dem die materiellen Werte entstehen, aber auch Kristallisationspunkt des Grundwiderspruchs des Kapitalismus - dem Konflikt zwischen Arbeit und der privaten Aneignung von Teilen des Mehrwertes. Es waren die Linken, die diese Verhältnisse zuerst aufgedeckt haben - und genau darum verstehen sie, wie sie funktioniert.

Für Kommunen bedeutet Wirtschaft: Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie reicht über Wasser- und Stromversorgung, Kommunikationsnetze, ÖPNV bis hin zur Abfallentsorgung. Wir Linken stehen seitens der Infrastruktur für einen öffentlichen Sektor, in dem die Bevölkerung mitreden kann. Oft wurde durch Privatisierung die kommunale Mitgestaltung eingeschränkt. Für private Unternehmen stehen Renditen im Mittelpunkt. Viel wichtiger finden wir eine flächendeckende Versorgungssicherheit mit angemessenen Gebühren bei hoher Qualität, und das bei guten Löhnen und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in diesen Bereichen.

## Unsere Ziele:

### 1. Weil Daseinsvorsorge vor Rendite geht!

Privatisierte Leistungen der Daseinsvorsorge sollen wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden. Neue Privatisierungen lehnen wir grundsätzlich ab.

### 2. Stark vor Ort!

Regionale und nachhaltige Wirtschaftskreisläufe wollen wir stärken. Innovative Modelle wie mobile Verkaufseinrichtungen oder Dorfläden, die den Einzelhandel vor Ort stärken oder, wie in vielen Dörfern, erst wieder möglich machen, unterstützen wir.

### 3. Sich einmischen!

Wir unterstützen die Arbeit in Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen, damit sie im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner handeln. Transparenz ist dabei wichtig, ebenso die Vertretung von Beschäftigten in größeren kommunalen Aufsichtsgremien.

### 4. Privatwirtschaft intelligent fördern!

Unternehmen sollen bei der Ansiedlung vor allem durch eine unbürokratische Arbeitsweise der Verwaltungen und Behörden unterstützt werden. Dabei sollen Unternehmen, die sich zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards verpflichten, Vorrang haben. Fördermittel sollen vor allem auf nachhaltige und zukunftssichere Projekte beschränkt bleiben. Wir unterstützen das traditionelle Handwerk in der Region.

### 5. Innovative Wirtschaftsbereiche bevorzugen!

Wir sind offen für eine zukunftsorientierte, moderne Industrie, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes genügt und in unseren Naturraum passt. Die wirtschaftliche Entwicklung soll dabei im Interesse der hier lebenden Bevölkerung gesteuert werden. Dies gilt insbesondere für den Standort des maritimen Gewerbeparks Volkswerft. Beschäftigungsgesellschaften müssen allen Langzeitarbeitslosen ausreichend Angebote machen können.

### 6. Tariftreue!

Vorpommern-Rügen soll nicht ewig die Rote Laterne bei den Einkommen in Deutschland tragen! Gefördert oder bei öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden sollen nur solche Arbeitgeber oder Projekte, bei denen Tariflöhne gezahlt werden.

Steigende Lebenshaltungskosten machen steigende Einkommen unabdingbar!

### 7. Wirtschaftszweig Tourismus!

Der Tourismus als einer der wichtigsten Wirtschaftszweige im Landkreis soll künftig stärker die Interessen von Einheimischen und Touristen zusammenführen. Das gilt nicht nur bei der Besteuerung und der Kurtaxe, sondern auch bei der Nutzung der touristischen Infrastruktur. Naturstrandzugänge sollen überall öffentlich und kostenlos bleiben. Touristische Großprojekte dürfen nicht gegen die Interessen der Bürger durchgeführt werden.

### Punkt 8: Land-, Forstwirtschaft und Fischerei gehören zu uns!

Wir unterstützen insbesondere die regional verankerte Landwirtschaft als wichtigen Wirtschaftsfaktor. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind in vielen Kommunen wichtige Kooperationspartner und tragen zum Zusammenleben in den kommunalen Gemeinschaften bei. Wir wollen, dass landwirtschaftliche Nutzflächen und Forstflächen als solche erhalten bleiben.



# Migration

Für ein geordnetes und solidarisches Miteinander

Kaum ein Thema wird derzeit, nicht nur in der Bundesrepublik, so aufgeregt diskutiert, wie die Zuwanderung von Menschen aus anderen Teilen der Welt. Dabei ist Migration nichts Neues oder Außergewöhnliches. Jeder einzelne Mensch auf dieser Welt hat Wurzeln fernab seiner jetzigen Heimat. Migration hat es immer gegeben und wird es immer geben. Es ist allerdings an uns, sie hier zu gestalten. Wir sind ein Landkreis, in den Jahr für Jahr hunderttausende Gäste kommen. Deshalb ist es nur logisch, weltoffen und gastfreundlich zu sein.

Menschen kommen aus unterschiedlichsten Gründen nach Europa, nach Deutschland, nach Mecklenburg-Vorpommern und in die Kommunen unseres Landkreises. Da gibt es die Studenten der Hochschule Stralsund, angeworbene Arbeitskräfte im Gesundheitswesen und der Gastronomie, Schutzsuchende vor politischer Verfolgung oder Krieg, Menschen auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Perspektiven oder schlicht diejenigen, die hier die Liebe gefunden haben. Alle diese Menschen verdienen eine Chance, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, sich einbringen zu können, sich ein selbstbestimmtes Leben aus eigener Kraft aufbauen zu können. Zu ihrem, aber auch zum Vorteil der ganzen Gesellschaft. Dabei erwarten wir, dass sich an die hiesigen Regeln gehalten und unsere Gastfreundschaft nicht missbraucht wird. Dazu bedarf es klarer Regeln und des Willens auf unserer Seite und der Seite der Dazukommenden.

## Unsere Ziele:

### 1. Asylrecht!

Wir stehen für das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl und wenden uns gegen eine weitere Aushöhlung seiner Regeln.

### 2. Unterstützung durch Land und Bund

Wir verlangen, dass das Land M-V wie bisher die Kommunen von den Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern weitestgehend freihält.

### 3. Dezentrale Unterbringung!

Die Geflüchteten sollen nach der Erstaufnahme so schnell wie möglich dezentral untergebracht werden.

### 4. Schnelle Klarheit!

Die Prüfverfahren auf Asyl müssen schnell und nach einheitlichen und klaren Regeln erfolgen.

### 5. Arbeit und Beschäftigung!

Allen zu uns Kommenden soll es ermöglicht werden, für ihren eigenen Unterhalt zu sorgen oder beizutragen, sprich arbeiten zu können.

### 6. Kinder und Jugendliche!

Kinder verdienen besonderen Schutz und Förderung. Unser Bildungssystem muss dafür weiterentwickelt werden und vor Ort praktikable Lösungen angeboten werden.

### 7. Missbrauch des Rechtes auf Asyl entgegenreten!

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Menschen, die unseren Schutz nicht benötigen, keine Chance auf eine Integration in Arbeitswelt und unsere Gesellschaft haben oder sich nicht an die Regeln der Mehrheitsgesellschaft halten wollen, in ihren Herkunftsländern besser aufgehoben sind. Deshalb sollten sie dahin zurück, damit jene, auf die dies nicht zutrifft, bei uns ihren Platz finden können.



# Gesundheit

Für eine verlässliche gesundheitliche Versorgung und soziale Infrastruktur

Wenn wir medizinische Hilfe benötigen, erwarten wir zu Recht, dass eine Ärztin oder ein Arzt erreichbar ist. Doch sowohl Allgemein- als auch Fachmedizinerinnen und -mediziner fehlen inzwischen auf dem Land und auch in der Stadt. Für viele Menschen gehören lange Wartezeiten und weite Fahrtwege zur nächsten Niederlassung eines Arztes zum Alltag. Krankenhäuser sind durch die schleppende Krankenhausreform erneut in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Abteilungen werden geschlossen und Leistungen eingeschränkt. Es steht immer weniger die Gesundheit der Menschen, sondern wirtschaftliche Kennzahlen im Vordergrund. Fortschritte in verschiedenen Bereichen der Medizintechnik finden deshalb nur langsam Eingang in den Alltag.

## Unsere Ziele:

### 1. Hilfe vor Ort

Wir kämpfen für eine wohnortnahe, gut erreichbare medizinische Versorgung. Krankenhäuser, ambulante Medizinische Versorgungszentren (auch solche in öffentlicher Trägerschaft), Praxisräume für Ärztinnen und Ärzte und Apotheken sollen bewahrt oder eingerichtet werden. Bestehende Niederlassungshemmnisse für ärztlichen Nachwuchs im ländlichen Raum müssen auf Landes- und Bundesebene beseitigt werden. Die Struktur von Tageskliniken zur psychologischen und psychiatrischen Betreuung muss verbessert werden.

### 2. Krankenhäuser retten

Die stationäre Versorgung ist landesweit in hoher Qualität sicherzustellen. Dazu braucht es auch weiterhin die kommunale Trägerschaft und den Einfluss des Landes auf die Krankenhäuser über die Krankenhausplanung.

Die Standorte Bergen, Ribnitz-Damgarten, Stralsund und Bartmannshagen sind mit einem breiten Versorgungsangebot zu erhalten.

### 3. Gesundheit in der Kommune

Der öffentliche Gesundheitsdienst vor Ort muss in der Lage sein, seinen gesetzlichen Auftrag vollumfänglich zu erfüllen. Dazu sind frühzeitig personelle Ressourcen zu erschließen. Jungen Medizinerinnen und Medizinern soll auch durch eine Anstellung in Praxen im ländlichen Raum ein Berufseinstieg ermöglicht werden.

### 4. Erreichbarkeit!

Ein wesentlicher Faktor ist die Erreichbarkeit medizinischer Angebote. Dies hat bei der Weiterentwicklung des Nahverkehrskonzeptes Berücksichtigung zu finden.

### 5. Pflegedienste!

Pflegedienste sind wichtige Partner bei der Betreuung Pflegebedürftiger und müssen unterstützt werden. Hier hat der Landkreis eine besondere Verantwortung z.B. bei der Organisation, aber auch bei der Ausbildungsunterstützung. Die Pflegestützpunkte sind mindestens in der bisherigen Form zu erhalten. Wir unterstützen die Pflegedienste bei ihrer Forderung nach einer angemessenen Honorierung ihrer Leistungen für die Patienten.

### 6. Digitalisierung!

Um moderne alternative Gesundheitsangebote realisieren zu können ist ein schnelles Internet unumgänglich. Telemedizin ist ohne Netze auf dem jeweils neuesten Stand undenkbar.

Wir sind nach der Einführung der digitalen Patientenakte offen für weitere Anwendungsmöglichkeiten, pochen jedoch dabei auf höchstmögliche IT-Sicherheit.

### 7. Gesundheitsvorsorge!

Wir unterstützen Projekte der Gesundheitsprophylaxe und der Suchtprävention. Hier sollten Stellen institutionell gefördert werden.



# Energie

Für eine dezentrale und bezahlbare Energiewirtschaft

Das Energiethema lässt keinen kalt - von der Erzeugung über die Anwendung bis zu den Preisen. Ob Holz, Kohle, Öl, Gas oder Elektrizität - sie ersetzen seit Jahrhunderten Schritt für Schritt die menschliche Arbeitskraft in der Produktion, wärmen uns im Winter und kühlen im Sommer, erleichtert und beschleunigen unsere Fortbewegung und verbessern im Alltag die Lebensqualität. Doch die Energiewirtschaft steht vor großen Veränderungen. Es ändern sich die Energieträger, der Wirkungsgrad und die Übertragung. Diese Entwicklung ist notwendig, aber für Verbraucher teuer. Die Folgen des schnellen, zum großen Teil menschengemachten Klimawandels können nur mit sehr viel Ignoranz geleugnet werden. Grundsätzlich setzt DIE LINKE deshalb auf eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Energiepolitik bei der Energiewende. Politisch motivierte Entscheidungen auf Bundesebene dürfen sich nicht wie beim unseligen Heizungsgesetz in leeren Brieftaschen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises niederschlagen.

## Unsere Ziele:

### 1. Bezahlbare Wärme und Strom für alle

Wir unterstützen Stadtwerke, Genossenschaften, gemeinschaftlich betriebene Windenergieanlagen und andere Bürgerenergiemodelle, weil diese dazu beitragen können, Verbraucherinnen und Verbraucher zu entlasten und sie unabhängig von den Profitinteressen großer Konzerne sind. Der Staat muss bei Missbrauch von Markturbulenzen durch Spekulanten die Übergewinne abschöpfen und damit die Kunden mit Preisdeckeln entlasten.

### 2. Erneuerbare Energien fördern

DIE LINKE unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind-, Solar- und Wasserkraft sowie Geothermie, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren und die Umweltauswirkungen zu verringern. Außerdem fordern wir weitere Förderprogramme, die den Erwerb von Photovoltaik-Anlagen unterstützen, gleichermaßen für Mieterinnen und Mieter sowie für Familien in Eigenheimen.

### 3. Energieeffizienz steigern

Die Partei DIE LINKE befürwortet Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden und bei der Energieerzeugung, um den Energieverbrauch zu reduzieren und Ressourcen zu schonen. Aber auch hier braucht es öffentliche Förderprogramme und kostenlose unabhängige Beratungsangebote. Ein Versuch des Durchsetzens dieser Regularien „mit der Brechstange“ würde die Akzeptanz in der Bevölkerung untergraben und ist angesichts horrender Baukosten, besonders bei älteren Immobilien, für viele gar nicht tragbar.

### 4. Wildwuchs verhindern

Auch beim festgelegten Ausbauziel von Windenergieanlagen stehen wir weiterhin hinter einer regionalen Planung. Der weitere Ausbau dieser, sowie von großen Photovoltaikanlagen, muss einhergehen mit der Entwicklung und Nutzung von Speichertechnologien, damit Strom nicht nutzlos erzeugt oder Anlagen gar abgeschaltet werden müssen. Die Menschen vor Ort müssen an den Erträgen der Energieerzeugung beteiligt werden. Purer Ausbau von LNG-Import-Möglichkeiten führt in eine Sackgasse. Er darf nicht überdimensioniert erfolgen und muss eine spätere Umrüstung auf „grünen“ Wasserstoff ermöglichen.

### 5. Vorpommern- Rügen als natürliche Energieregion!

Eine besonders enge Beziehung gibt es zwischen der Umwelt und der Elektroenergieerzeugung. Unser Landkreis gehört zu jenen Regionen der Bundesrepublik, die für die Bereitstellung von Elektroenergie geradezu prädestiniert sind. Das gilt für alle drei Quellen: Wind, Sonne und Biomasse. Die Entwicklung entsprechender Anlagen in unserem Landkreis ist also eine gesamtstaatliche Aufgabe, muss aber ausgewogen geschehen und darf nicht auf Kosten der Bevölkerung und der Natur erfolgen.





# Mitsprachemöglichkeiten verteidigen und stärken

*Auszug Artikel 28 Grundgesetz: Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung.*

Ein Blick in die Realität zeigt allerdings oft ein anderes Bild. Gesetze und Verordnungen übergeordneter politischer Ebenen und eine unzureichende Finanzausstattung grenzen den Handlungsspielraum der Kommunen ein. Durch rechtliche, ökonomische und politische Rahmenbedingungen werden die Möglichkeiten der Selbstverwaltung zusätzlich erschwert und unübersichtlich. Bei Einrichtungen der Daseinsvorsorge in privater Hand ist die kommunale Mitgestaltung eingeschränkt.

Das Ergebnis sind oft enttäuschte Erwartungen und Wünsche der Einwohnerinnen und Einwohner bei Entscheidungen in der Kommune. Das Gefühl der Fremdbestimmung kann in Politikverdrossenheit, einer geringeren Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen, der Wahl extremistischer Parteien oder der Abwendung von der Politik insgesamt münden.

Neben unerlässlichen Rechtsgarantien geht es uns vor allem darum, Selbstverwaltung im politischen Sinne zu verstehen und zu gestalten. Über kommunale Angelegenheiten sollen die Menschen im Rahmen der Gesetze maßgeblich selbst bestimmen können. Das bedeutet, die Menschen nicht nur als „Kunden“ des Dienstleistungsunternehmens Gemeinde, Stadt oder Landkreis zu betrachten, sondern vor allem als aktive Mitgestalter des Lebens vor Ort.

Die Rechte und kommunikativen Möglichkeiten der kommunalen Vertretungen sind zu stärken. Gerade weil kommunale Verwaltungen zunehmend einer Professionalisierung unterliegen, brauchen wir als Korrektiv und kreativen Gegenpol ein gut ausgestattetes politisches Ehrenamt.

Die Einwohnerinnen und Einwohner, politischen Gremien und Verwaltungen sollen gemeinsam und auf Augenhöhe die Grundsätze der Gemeinde- bzw. Kreispolitik bestimmen. Voraussetzung dafür ist eine transparente, gleichberechtigte und barrierefreie Kommunikation zwischen ihnen. Weiterhin gehört dazu ein breiter und ungefilterter Zugang zu wesentlichen Informationen, die die Kommune und die Arbeit der kommunalen Vertretungen und Verwaltungen betreffen.

## Unsere Ziele:

### 1. Direkte Demokratie!

Eine Erleichterung direktdemokratischer Verfahren auf kommunaler Ebene, z.B. durch die Absenkung der Beteiligungsquoten und der Einsatz verbindlicher Bürgerentscheide in grundsätzlichen, mittel- und langfristigen Planungen und Richtungsentscheidungen.

### 2. Zentralisierung eindämmen!

Eine größere Zentralisierung der Kreisverwaltung auf den Standort Stralsund muss verhindert werden. Die Außenstandorte Ribnitz-Damgarten, Bergen und Grimmen müssen zukunftsfähig bleiben und dürfen nicht geschwächt werden.

### 3. Informiert sein!

Wir wollen einen einheitlichen und barrierefreien Zugang zu Terminen, Tagesordnungen, Vorlagen, Ergebnissen von Anfragen und weiteren relevanten Informationen der Vertretungen und Bürgerschaft bei grundsätzlich öffentlicher Tagung kommunaler Gremien und zeitnaher Veröffentlichung von Entscheidungen. Dazu gehört die aktive Information zu kommunalen Mitwirkungsrechten.

### 4. Breite Beteiligung!

Einrichtung und Stärkung von Jugend- und Seniorenparlamenten sowie von Ortsteilvertretungen.

### 5. E-Government

Behördengänge und Informationen müssen digital und fernab von Öffnungszeiten sowohl im Landkreis, den Ämtern und auf Gemeindeebene möglich sein und flexiblere Unterstützungs- und Beratungsangebote sowohl online, als auch wohnortnah bereit stehen. Dabei muss die Handlungsfähigkeit bei IT-Ausfall gesichert bleiben



# Digitalisierung

Große Chancen, viel Nachholbedarf

Onlinebanking, Onlineshopping, Onlinegaming, per WhatsApp und Co. Fotos von den Enkelkindern bekommen, mit Google Maps durch die Lande reisen - unser Leben ist ohne Internet und Computer kaum noch vorstellbar. Die Pandemie hat auch in der Arbeitswelt dem Ganzen noch einmal einen kräftigen Schub gegeben. Vor Ort verändert die Digitalisierung unser Zusammenleben, unsere Freizeitgestaltung und unsere sozialen Kontakte. Im Arbeitsleben sind Homeoffice und Videokonferenzen nicht mehr wegzudenken. In der Schule hat die gute alte Kreidetafel elektronische Konkurrenz bekommen. Die Digitalisierung wird Lösungsansätze für viele Probleme bieten, z.B. wenn wir Behördengänge machen, Hilfe suchen oder uns informieren wollen. Die Entwicklung ist nicht aufzuhalten und wer nicht angeschlossen ist, ist ausgeschlossen. Als LINKE möchten wir greifbar und konkret machen, was Digitalisierung in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen bedeutet und wie wir sie für unser Leben nutzen können. Die Chancen aber auch die Risiken dieser Entwicklung müssen viel intensiver diskutiert werden.

## Unsere Ziele:

### 1. Ohne Netz geht nichts!

Die Digitalisierung ist ein Standortfaktor, auch mit Blick auf die Wirtschaft. Grundlage ist der flächendeckende Glasfaserbreitbandausbau und der Ausbau der 5G-Technik in der mobilen Kommunikation. Für uns gehört die Breitbandversorgung zur Grundversorgung und daher unter öffentliche Kontrolle, auf keinen Fall darf ein Monopol zu Marktmissbrauch führen. Der Breitbandausbau muss in Vorpommern-Rügen weiter vorangehen und die letzten Lücken sind zu schließen. Die letzten relevanten Mobilfunklöcher müssen mit den modernsten Technologien geschlossen werden. Wichtig ist aber auch, dass den Menschen ein „Recht auf Analog bleibt“

### 2. Der Anfang ist gemacht, weiter geht's!

Ob ein Personalausweis beantragt wird, Ampelschaltungen aufeinander abgestimmt sind, ein Arzt Telemedizin betreibt oder die Pflegekraft automatisch informiert wird, wenn das Licht zu lange nicht mehr angeschaltet wurde - die Digitalisierung vereinfacht unser Leben und kann uns in Fragen von Gesundheit, Bildung, Wohnen, Verwaltung, Verkehr und Energiewirtschaft unterstützen, auch vor Ort. Das Thema soll auf kommunaler Ebene ständig weiterentwickelt werden. Wir wollen die Zukunft nicht verschlafen, deshalb fordern wir kommunale Digitalisierungsstrategien auch in der Frage KI. Den Bürgern soll in allen Verwaltungseinrichtungen kostenlos WLAN zur Verfügung stehen. Auch den Schulen muss ein starkes WLAN zur Verfügung stehen.

### 3. Gut beraten, gut vernetzt!

Unsere Kommunen brauchen starke IT-Bereiche. Wir befürworten regelmäßige Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort, aber auch eine Ausbildungsoffensive in diesem Bereich. Es muss ein sicherer Netzzugang gewährleistet sein, auf Netzausfälle müssen die Kommunen vorbereitet sein.

Partnerschaften zwischen den Kommunen und Kreisen, auch in Bezug auf einzelne Themen der Digitalisierung, sind anzustreben. Je breiter diese aufgestellt sind, desto besser. Regionale Alleingänge sind kontraproduktiv.

### 4. IT -Sicherheit!

Das Beispiel unserer Kreisverwaltung hat bitter aufgezeigt, dass alle Kommunen viel höhere Anstrengungen gegen Cyberattacken unternehmen müssen. Die Kommunen brauchen Strategien, damit die Verwaltungen bei solchen Vorgängen schnell wieder arbeitsfähig werden.

Die Digitalisierung führt dazu, dass immer mehr Daten vorhanden sind, gesammelt und benutzt, leider auch missbraucht werden. Vor Ort wollen wir aufpassen, dass mit Daten sparsam, sensibel und sicher umgegangen wird. Was nicht benötigt wird, muss gelöscht werden! Ein hohes Maß an Transparenz in Bezug auf Datennutzung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern ist für uns selbstverständlich.



# Umwelt und Klimaschutz

Öko? Logisch!

Lebenswerte Kommunen gibt es nur in einer intakten Natur. Unsere Einwohnerinnen und Einwohner wünschen sich eine gesunde Umwelt, sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Regionen. Die Umweltbelastung ist hierzulande noch verhältnismäßig gering und das soll auch so bleiben. Wälder, Wiesen, Seen und Flüsse, Kleingärten, Alleen und die schützenswerten Küsten – Vorpommern-Rügen hat viel zu bieten. Belastungen durch Industrie, Landwirtschaft, Verkehr oder Besiedlung müssen immer so gering wie möglich gehalten werden. Ökologisches Handeln darf nicht nur ein Schlagwort sein, muss aber die Menschen mitnehmen und nicht nur von oben verordnet werden. Natur- und Umweltschutz sind ein fester Bestandteil unseres Handelns – bei Beachtung sozialer Belange.

Bei allen Entscheidungen über Projekte in Wirtschaft und Verkehr müssen die Folgen für die Natur sorgsam abgewogen werden. Die Erarbeitung und die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen bei Eingriffen in die Natur muss strikt und ortsnah durchgesetzt werden.

## Unsere Ziele:

### 1. Natur pur!

Wir wollen die intakten Naturräume im Land erhalten, die Nationalparks fördern und die Flora-Fauna-Habitat-Gebiete schützen. Die Projekte der Vorpommerschen Waldlandschaft sollen weitergeführt werden. Die Umweltbelastungen infolge des Einsatzes von Chemikalien in der Landwirtschaft sollen reduziert werden. Wir wollen ein breiteres Umdenken hin zu ökologisch nachhaltigem umweltverträglichem Anbau.

Bei Eingriffen in die Natur sollen ausreichende Ausgleichsmaßnahmen im selben Bereich erfolgen. Dem Küstenschutz des Landes muss bei einem langfristig steigenden Meeresspiegel eine höhere Priorität eingeräumt werden.

### 2. Schutz für Tiere!

Ob Haus- und Nutztiere, Kormorane, Wildschweine oder Singvögel – wir treten ein für eine gute Finanzausstattung des Tierschutzes im Allgemeinen. Vereine und Initiativen, die sich für den Tierschutz engagieren, werden von uns unterstützt.

Die Tierheime im Landkreis müssen solide und nachhaltig finanziert werden.

Bei Konflikten durch neu auftretende Tierarten wie Wolf, Biber oder Waschbär müssen akzeptable Kompromisse gefunden werden.

### 3. Saubere Luft, saubere Gewässer!

Die Schadstoffbelastung durch den Verkehr muss gesenkt werden. Wir stärken den ÖPNV und versuchen Wirtschaftsverkehre umweltschonender zu gestalten.

Die Seeschifffahrt muss kontrolliert werden, um ökologische Schäden an der Ostseeküste zu verhindern. Das gilt insbesondere im Fahrtgebiet der Kadetrinne und den neuen Offshore-Windparks vor den Küsten Rügens und des Darß.

Eingriffe in den Meeresboden müssen durch die stärkere Beachtung ökologischer Folgen minimiert werden.

### 4. Umweltfrevel ahnden!

Bei Umweltschäden müssen die Verursacher konsequent zur Verantwortung gezogen werden und für die Beseitigung der Folgen geradestehen. Bei Vorhaben, die Umweltschäden zur Folge haben könnten, bestehen wir auf umfangreiche Vorprüfungen und strenge Kontrollen.

### 5. Klima schützen!

Den Klimawandel wird das Leben aller Menschen auf der Welt verändern. Das gilt sicher auch in unserem Landkreis, zum Beispiel durch trockenere Sommer, mildere Winter und vermehrte Küstenerosion. Das müssen wir bei unserem Wirken auf allen Bereichen beachten.

Die Kommunen sollen Elektromobilität fördern. Wir unterstützen Pilotprojekte zur Förderung der Wasserstofftechnologien.



# Sport

## Auf die Plätze fertig los - Sportmöglichkeiten für Alle

Tausende Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landkreises sind Mitglied in einem Sportverein und nicht gezählte andere Menschen treiben Sport, ohne in einem Verein organisiert zu sein. Sie wandern, joggen, schwimmen, fahren Rad und vieles mehr. Sie alle haben unsere volle Unterstützung, denn Sport überwindet Grenzen zwischen den Menschen, und macht kaum Unterschiede zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, zwischen den Hautfarben und den Kulturen. Und Sport ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit.

Leider bewegen sich zu viele Menschen viel zu wenig, auch weil der Zugang zu Sportangeboten oft schwierig ist. Kinder und Jugendliche sind davon besonders betroffen und Erfolge wie Defizite in diesem Alter bestimmen nicht selten die spätere Entwicklung. DIE LINKE engagiert sich deshalb für landesweite Angebote im Breiten- und Freizeitsport.

All die hervorragenden Leistungen, die kleinen und die großen Erfolge, auch die Vielfalt des Sports, wären ohne das große Engagement ehrenamtlicher Übungsleiter und Trainer, Schiedsrichter und Kampfrichter, ohne Eltern, Großeltern und Sponsoren nicht möglich. Ihnen allen gilt unsere volle Unterstützung.

### Unsere Ziele:

#### 1. Sport vor Ort!

Attraktive und bezahlbare Sportstätten in ausreichender Anzahl sind wichtig. Wer aktiv sein will, benötigt Hallen, Plätze und Nutzungszeiten. DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Sanierung und den Ausbau der Sportstätten im Landkreis fortzuführen. Der Schulsport muss abgesichert werden, aber auch die Vereine in den einzelnen Städten und Gemeinden sollen ausreichend Hallenzeiten erhalten. Die Entgeltsatzungen sollen sozial verträglich gestaltet werden.

#### 2. Sport sagt Danke!

DIE LINKE unterstützt das Ehrenamt. Vereine brauchen Luft zum Atmen: stabile Nutzungsentgelte, Unterstützung bei der Finanzierung von Investitionen und Aufwandsentschädigungen, Finanzierung von Trainerstellen.

#### 3. Sport für Alle!

Alle Kinder und Jugendliche haben das Recht auf gleichen Zugang zum Sport. Wenn Familien wenig Geld haben, oder die nächste Möglichkeit, Sport zu treiben, weit entfernt ist, dann sind wir gefragt. Wir möchten Kinder und Jugendliche für Sport begeistern, wir werden uns für Sportangebote vor Ort einsetzen. Die Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes sollen dazu ausgereizt werden

#### 4. Sport lebt von Gemeinsamkeit!

Der Kreissportbund als überregionale Koordinierungsstelle soll gestärkt werden, um die Zusammenarbeit der Vereine im gesamten Landkreis zu fördern. Wir wollen aber auch kleine unabhängige Initiativen außerhalb der Grenzen des Kreissportbundes fördern. Neuen Angeboten wie z.B. beim E-Sport stehen wir aufgeschlossen gegenüber

#### 5. Sport kennt keine Altersgrenze!

Angebote für Senioren sollten überall im Landkreis erreichbar sein. Kommunale und private Initiativen dazu unterstützen wir.



# Kultur

## Kultur braucht Kommunen - Kommunen brauchen Kultur

Von Kultur kann man nicht genug bekommen. Sie beginnt bei der vom Menschen gestalteten Landschaft, die als Kulturlandschaft unser unmittelbarer Lebensraum ist. Der Landkreis Vorpommern-Rügen verfügt über eine besonders reichhaltige Kulturlandschaft. Kultur umfasst aber auch die Künste, ob Plastiken oder Gemälde, ob Theater oder Filme im Kino, ob Gedenkstätten oder Museen, Architektur, Musikschulen oder Orchester ... - Kultur ist aber auch die Art des Umgangs miteinander.

In der Kommunalpolitik gilt unsere Aufmerksamkeit zuerst solchen Veranstaltungen und Einrichtungen, für die wir als Gemeinde oder Landkreis die Verantwortung haben oder sogar Träger sind. Und wir haben auch die Möglichkeit, private Initiativen zu fördern, die mit finanziellen Schwierigkeiten zu tun haben. Kunst und Kultur sind der kreative Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Ihre Vielfalt sind wichtig für die Bildung und ein demokratisches Miteinander. Sie bilden Offenheit und Verständnis für Andere, regen zur kritischen Auseinandersetzung mit anderen Ideen und der Realität an und sind oft die Basis für Innovationen. Kultur ist als öffentliches Gut zu fördern. Dafür benötigen Kulturschaffende nicht nur Anerkennung, sondern auch soziale Sicherheit und gute Rahmenbedingungen.

### Unsere Ziele:

#### 1. Vielfalt bewahren!

Kulturelle Angebote sollen erhalten und entwickelt werden, insbesondere die der kulturellen Bildung, wie Musikschulen, Bibliotheken, Theater und Orchester, Kunst- und Literaturhäuser, Museen, Heimatstuben, Tierparks, Archive und Ortschroniken sowie kulturelle Initiativen in Vereinen und Verbänden. Darin eingeschlossen sind die Einrichtungen der Soziokultur und der Kulturkinos. Stralsunds Status als Weltkulturerbe darf nicht gefährdet werden. Wir unterstützen den Erhalt der niederdeutschen Sprache in Vorpommern-Rügen.

#### 2. Verlässlich sein!

Wir favorisieren kommunale Kulturentwicklungspläne mit mehrjährigen Leistungsvereinbarungen sowie Angaben zur Grundbedarfsförderung. Das kulturelle Engagement muss sich auf die öffentliche Förderung verlassen können. Die Auszahlung der Mittel muss rechtzeitig erfolgen.

#### 3. Kunst und Kultur zeigen!

Wir wollen alles tun, damit sich Kreative begegnen und austauschen können. Ihre Kunst muss öffentlich in den Räumlichkeiten von Landkreis und Kommunen wie auch in öffentlichen Galerien und Kunsthäusern präsentiert werden können. Örtliche Ausstellungen und Musikveranstaltungen sollen gefördert werden.

#### 4. Kultur für Generationen!

Verschiedenste Kulturangebote müssen für alle zugänglich sein, unabhängig vom Alter oder vom Geldbeutel. Kinder sind dabei besonders zu beachten.

#### 5. Kulturschaffende unterstützen!

Profis oder Laienkünstler – alle brauchen individuelle verlässliche Rahmenbedingungen. Wir unterstützen die Forderungen der beruflichen Kulturschaffenden z. B. an den Theatern, nach fairen Gagen und Tariflöhnen. Wer sich ehrenamtlich im Bereich Kultur engagiert, wie in Jugendblasorchestern, verdient unsere volle Unterstützung. Das Gleiche gilt auch für Kulturfördervereine vor Ort im ländlichen Raum.

#### 6. Konzertmöglichkeit, Freilichtbühnen

Konzerte brauchen Orte an denen sie stattfinden können. Deshalb wollen wir den Erhalt oder Neubau von Freilichtbühnen, Konzertsälen oder anderen Orten für Auftrittsmöglichkeiten von Musikern fördern.



# senioren- und kinderfreundliches Vorpommern- Rügen

Gemeinsam gesund älter werden ... und im Herzen jung bleiben!

Für unsere Region bedeutet „Demographischer Wandel“ zuerst: „Wir werden immer älter!“ Aber die Senioren von heute sind wesentlich fitter als ihre Eltern und Großeltern, als diese im gleichen Alter waren. Sie sind vielfach bis ins hohe Alter aktiv, engagieren sich in Vereinen und der Kommunalpolitik, und in vielen Familien geht ohne Oma und Opa gar nichts. Überall dort bringen die „Alten“ ihre Lebenserfahrung, ihre Leistungen, ihre Arbeit ein. Zugleich bedeutet diese Seite des Demographischen Wandels, dass sich die Ansprüche an das Wohnen und an das Gesundheitswesen verändern. Es geht um weit mehr, als um ein barrierefreies Badezimmer, ein angemessenes Gesundheitswesen oder gute Pflege in der eigenen Wohnung. Manchmal fehlt in einer Kaufhalle nur ein Stuhl oder eine leicht zugängliche Toilette. Manchmal ist es aber auch die Sprache der Jüngeren, die die Alten nicht verstehen – und umgekehrt. Die andere Seite des Demographischen Wandels betrifft Kinder und ihre Familien. Ihr Bevölkerungsanteil wird immer geringer, denn seit über 30 Jahren kommen deutlich weniger Kinder zur Welt. Das zeigt sich oft in den politischen Entscheidungen. Kinder und ihre Familien haben aber ganz andere Ansprüche als andere Bevölkerungsgruppen. Darum sind wir ihnen besonders verpflichtet. Letztlich sind und bleiben nur sie unsere Zukunft. Wir wollen kein Alter vorziehen, sondern ein gerechtes Miteinander organisieren.

## Unsere Ziele:

### 1. Gut Wohnen im Alter!

Wir setzen auf altersgerechtes und barrierefreies Wohnen, das auch bezahlbar ist. Wir wollen alternative Wohnformen fördern, beispielsweise Wohngemeinschaften aus unterschiedlichen Altersgruppen. Wer auf Wohngeld angewiesen ist, soll dennoch selbstbestimmt wohnen können.

### 2. Gut versorgt im Alter!

In der Altenhilfe und der Pflegesozialplanung haben ambulante und häusliche Angebote für uns Vorrang vor der stationären Pflege. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten, das Leben im gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Die unabhängigen Pflegeberatungsstellen müssen auch weiterhin leicht erreichbar sein.

### 3. Aktiv und Selbstbestimmt im Alter!

Es gibt viele Möglichkeiten, das Leben älterer Menschen zu bereichern: Ehrenamtliches Engagement, kulturelle Betätigung mit Spiel und Gesang z.B. in der Volkssolidarität, Seniorensport, Kleingärten u.v.m. Wir engagieren uns vor Ort für Angebote und Strukturen, die für ältere Menschen attraktiv sind.

### 4. Kontakt zu anderen!

Die LINKE unterstützt die Einrichtung und den Erhalt von Begegnungsstätten, um Alterseinsamkeit zu vermeiden. Für viele ist der Kontakt zu Kindern und Enkeln besonders wichtig, gerade bei größeren Entfernungen. Deshalb unterstützen wir die Verbesserung der Mobilität, aber auch die Vermittlung von digitalem Wissen, z.B. durch Seniorenkurse in den Volkshochschulen.

### 5. Kinder und Jugendliche ohne Mandat?

Wir wollen keine Altersgruppe gegenüber einer anderen bevorzugen. Das heißt aber auch, dass keine Altersgruppe gegenüber einer anderen benachteiligt werden darf. Wer weiß das besser als Großeltern, wenn es um ihre Enkelinnen und Enkel geht. Ob alt oder jung – Alterssegoismus und Altersdiskriminierung lehnen wir gleichermaßen ab. Da Kinder und Jugendliche aber nicht wahlberechtigt sind, benötigen sie besondere Beachtung, wenn es um ihre Ansprüche geht.



# Bildung

Gute Bildung ein Leben lang

Kein Kind kann sich seine Eltern aussuchen. Wir wollen, dass alle Kinder unabhängig vom Status ihrer Familien die Chance haben, die bestmögliche Bildung zu erhalten.

Sicher kann nicht jeder ein Wissenschaftler mit Nobelpreis oder ein von allen bewundertes Künstler werden, aber das ist ja gar nicht immer erstrebenswert. Schließlich sind Handwerk, Landwirtschaft, Reinigung, Handel, Verkehr, Pflege und viele andere Bereiche unserer Wirtschaft ebenso wichtig. Neueste vergleichende Studien zeigen, dass die Kinder und Jugendlichen auch in unserem Landkreis große Defizite in den schulischen Basisfächern haben. Dadurch sind ihre Voraussetzungen für den Einstieg ins Berufsleben erheblich eingeschränkt. Wir müssen alles dafür tun, diese Nachteile zu verringern. Darum wollen wir der Bildung und (ja, auch wieder) der Erziehung unserer Kinder bei allen politischen Entscheidungen eine hohe Priorität einräumen. Das ist auch im Interesse der Lebensqualität der Alten, denn die Rente ist an Lohn und Gehalt der arbeitenden Bevölkerung gekoppelt.

## Unsere Ziele:

### 1. Gute Schule beginnt beim Personal!

In der Vergangenheit haben Landesentscheidungen bei der Personalentwicklung vielerorts zu Engpässen bei Lehrerinnen, Lehrern und anderen pädagogischen Mitarbeitern geführt. Hier wurde vor zwei Jahren eine neue Entwicklung eingeleitet. Die nötigen Veränderungen können aber nicht von heute auf morgen greifen. Das Konzept reicht vom Studium über die Weiterbildung bis zu den Arbeitsbedingungen.

### 2. Gutes Lernen für alle!

Ob Bücher, Möbel oder Technik – Schulen sollen so ausgestattet sein, dass sie den Schülerinnen und Schülern ein Lernen in angenehmer Unterrichts Atmosphäre ermöglichen. Gutes Lernen gilt dabei für alle Generationen: Auch die Älteren sollen verlässliche und ihren Bedürfnissen entsprechende Angebote der Erwachsenenbildung in den Volkshochschulen geboten bekommen.

### 3. Ein klares JA zur Schule vor Ort!

Wir setzen uns für standortsichere und wohnortnahe Schulen ein. Wer in die Schule investiert, braucht Klarheit. Schulträger sollen langfristig Sicherheit über ihre Schulstandorte erhalten, um bauliche Sanierungen und andere Investitionen planen zu können. Wir unterstützen die Strategie des Landes zur digitalen und pädagogischen Entwicklung und zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

### 4. Kostenlos unterwegs mit Bus und Bahn!

Wir wollen eine kostenlose Beförderung aller Kinder und Jugendlichen zur Schule, Berufsschule, Ausbildung und in der Freizeit. Dabei soll der Schulweg insgesamt 1 Stunde nicht überschreiten.

### 5. Digital, aber wie!?

Die Kommunen sollen bei der Beschaffung digitaler Lerntechnik weiterhin entlastet werden. Die Digitalisierung des Schulbetriebs ist eine komplexe Aufgabe – sie sollte mit den Kommunen gemeinsam besprochen werden: Die Städte und Gemeinden sowie der Landkreis können als Schulträger zusammenarbeiten und Ideen und Erfahrungen austauschen. Zudem brauchen wir mehr Angebote einer generationenübergreifenden Bildung im Bereich Medien.

Allerdings ist Digitalisierung nicht alles, hier bedarf es Augenmaß. Das Tablet kann ein gedrucktes Lehrbuch nicht immer ersetzen und mit der Hand sollte man schon schreiben können und nicht nur tippen.....

### 6. Schulessen

Wir streben ein qualitativ hochwertiges und kostenloses Angebot für ein Mittagessen an den Schulen an.



# Mobilität

Für einen bedarfsgerechten öffentlichen Nahverkehr

Wer in M-V lebt, kennt diese Situation: Mit Bus oder Bahn von A nach B zu kommen, ist häufig unmöglich. Viele Bushaltestellen dekorieren die Landschaft, aber ihre ursprüngliche Funktion haben sie schon lange verloren. Ohne eigenes Auto oder die Hilfe von Verwandten und Bekannten ist man in vielen Dörfern regelrecht abgehängt. Viele Bus- und Bahnverbindungen wurden schon vor langer Zeit stillgelegt. Oft ist der Schulbus das letzte vorhandene ÖPNV-Angebot. Die Fahrpläne sind für Manchen schwer verständlich und die Tarife undurchsichtig, was die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zusätzlich erschwert. Zudem ärgern wir uns über steigende Fahrpreise, wodurch die Nutzung des ÖPNV noch unattraktiver wird.

Davon unabhängig wird auf absehbare Zeit besonders im ländlichen Raum das Auto unverzichtbar sein.

## Unsere Ziele:

### 1. Bus und Bahn – günstig und für alle!

Das Deutschlandticket gehört zu den großen verkehrspolitischen Errungenschaften der letzten Jahre. Mit nur 49,- Euro im Monat auf allen öffentlichen Routen des Nahverkehrs unterwegs zu sein, war vor wenigen Jahren noch undenkbar. In unserem Land werden die Preise für Altersrentner zudem noch um 20,- Euro gestützt – das geht eben nur bei einer rot-roten Landesregierung. Das System hat aber leider einen Beigeschmack: es ist nicht überall nutzbar.

Die öffentliche Hand muss das Grundbedürfnis, mobil zu sein und somit am Leben teilhaben zu können, erfüllen. Wir engagieren uns auf kommunaler Ebene, damit vor Ort Lösungen organisiert werden, die die genannten Defizite ausgleichen. Das Rufbussystem muss sich diesbezüglich erst noch bewähren. Es darf nicht dazu führen, dass das bestehende Netz weiter ausgedünnt wird. Die einzelnen Verkehrsträger sollen besser aufeinander abgestimmt und vernetzt werden. Wir unterstützen die geplante Reaktivierung der Darßbahn.

### 2. Einfach über die Grenzen hinweg!

Wir brauchen in M-V ein einfaches und modernes Tarif-, Auskunfts- und Fahrscheinsystem, das verkehrsmittelübergreifend funktioniert und sich nicht mehr an Kreisgrenzen orientiert. In einem Flächenland wie M-V ist es normal, dass sich Wohnort, Arbeitsplatz, Kita, Supermarkt oder der Hausarzt in unterschiedlichen Kreisen befinden. Fahrplanauskünfte müssen einfacher gestaltet werden sowie barrierefrei und digital einsehbar sein.

### 3. Fahrscheinlos und kostenlos durch V-R!

Langfristig muss die kostenlose Nutzung des ÖPNV angestrebt werden. Wenn alle Einwohnerinnen und Einwohner überall im Land mit dem Bus oder der Bahn fahren können, wäre das sozial gerecht und gut für die Umwelt. Bis dahin sollen die Beförderungsentgelte der VVR moderat gestaltet, Sozialtarife gefördert werden sowie die kostenlose Beförderung aller Schülerinnen und Schüler sowie der Auszubildenden sichergestellt bleiben.

### 4. Mit dem Rad geht's auch!

Wenn der Wind mal nicht so kräftig weht, bietet das Fahrrad eine gesunde Alternative, um einige Strecken oder auch Teilstrecken zu überwinden. Aufgabe ist, Radverkehrsanlagen und Radwege zu erhalten, auszubauen und dabei das Radwegekonzept zu beachten. Zudem soll der Drahtesel sicher und trocken abgestellt werden können. Deshalb sind sichere Abstellanlagen für Räder an Bahnhöfen oder anderen Umsteigemöglichkeiten sowie attraktive Fahrradmitnahmemöglichkeiten im SPNV/ÖPNV notwendig.

### 5. Tief einatmen!

Wir möchten, dass in den Fahrzeugflotten der Verwaltungen und in den kommunalen Verkehrsbetrieben mehr abgasarme und abgasfreie Fahrzeuge genutzt werden. Die Bedingungen für Elektromobilität müssen auch in V-R verbessert werden. Die Ladeinfrastruktur ist auszubauen. Zugleich sollten wir für künftig mögliche Alternativen, wie Wasserstoff, offenbleiben.





# Jugend- und Schulsozialarbeit

Kinder-, Jugend- und Schulsozialarbeit erhalten und ausbauen

Wenn wir über Kinderarmut im Land sprechen, werden wir oft zweifelnd angesehen. Kinderarmut? Bei uns? Ja, fast jedes dritte Kind, bzw. Jugendlicher ist von Armut bedroht oder betroffen. Kinderarmut hat dabei viele Gesichter: Wer ohne Mahlzeit im Bauch und/oder im Rucksack zur Schule gehen muss, wer im Winter keine festen Schuhe bekommt und friert oder an der Klassenfahrt aus Kostengründen nicht teilnehmen kann, wird in seiner Entwicklung beeinträchtigt. Wir übernehmen Verantwortung für Kinder und Jugendliche im Hier und Jetzt, damit sie eine glückliche Kindheit und eine Zukunft haben, in der ihre Existenzen abgesichert sind. Helfen können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen der Jugendarbeit, die wir als Fachkräfte dringend benötigen. Uns ist es wichtig, mit genügend Personal und notwendige Betreuungsangeboten helfen zu können, sobald Bedarf besteht und auch die wichtige präventive Arbeit zu stärken. „Soziale Arbeit rockt“ ist der Slogan eines Trägervereins aus Stralsund und Sundhagen! Das sehen wir genauso.

## Unsere Ziele:

### 1. Für Kinder und Jugendliche, überall!

Freizeitangebote, öffentliche Jugendtreffs, Kultureinrichtungen und vieles mehr gehören zur Daseinsvorsorge. Junge Leute brauchen Aufenthaltsorte und -räume, natürlich ohne die Verpflichtung, etwas kaufen zu müssen. Jugend- und Sozialarbeit soll an allen Schulen selbstverständlich sein.

### 2. Für Kinder und Jugendliche, für die Zukunft!

Geiz ist geil? Sicher nicht! Erst recht nicht, wenn es um Kinder und Jugendliche geht. Kinder-, Jugend- sowie Schulsozialarbeit sollen flächendeckend vorhanden sein. Dabei soll nicht geknausert, sondern nach Bedarf gefördert werden.

### 3. Für Kinder und Jugendliche nur die Besten!

Wer pädagogische Fachkräfte halten oder gewinnen will, muss ihre Arbeitsbedingungen verbessern. Dazu gehören auch mehrjährige Arbeitsverträge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendarbeit, damit sie Sicherheit haben. Zudem ist das Land in der Pflicht, entsprechende Ausbildungskapazitäten für Fachkräfte vorzuhalten. Der Landkreis Vorpommern-Rügen soll eigene Ausbildungsmöglichkeiten prüfen und anbieten können.

### 4. Trägervereine stärken!

Den Trägervereinen der Jugend- und Sozialarbeit gilt unsere Unterstützung. Wir wollen eine nachhaltige, ausreichende und vor allen verlässliche finanzielle Ausstattung für diese wichtige Aufgabe. Hier müssen freiwillige Leistungen der Kommunen zur Pflichtaufgabe werden.



# Bau und Wohnen

## Für soziale Mieten und Wohnraum nach Bedarf

In einigen Teilen Vorpommern-Rügens kämpfen Kommunen und Wohnungsunternehmen noch immer mit Leerstand. Die Mieteinnahmen fehlen, um investieren und Verbindlichkeiten abbauen zu können. In einigen Tourismusorten dagegen fehlt bedarfsgerechter, bezahlbarer Mietwohnraum, weil Ferienwohnungen für Privatinvestoren attraktiver sind.

Mittlerweile schlagen die Probleme auf dem Wohnungsmarkt in Deutschland aber auch bis in unseren Landkreis durch. Die gestiegenen Baukosten tun ein Übriges.

Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen können dafür sorgen, dass für alle Menschen, egal wie alt sie sind oder wie viel Einkommen sie haben, Wohnraum vorhanden ist. Dabei ist uns wichtig, für eine soziale Durchmischung der Einwohnerinnen und Einwohner in unseren Städten und Gemeinden einzutreten.

### Unsere Ziele:

#### 1. Dein Zuhause, so wie Du es brauchst!

Wohnungen müssen bezahlbar sein und den unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechen. Wer eine Sozialwohnung benötigt, soll sie bekommen. Wir treten ein für den geförderten Neubau von Sozialwohnungen und die Sicherung sozialer Mieten im Wohnungsbestand. Wichtig ist auch, dass der altersgerechte sowie klimagerechte Umbau von Wohnungen umfassend gefördert wird und kommunale Wohnungsunternehmen in der Lage sind, selbst zu bauen. Dies gilt auch im ländlichen Raum.

#### 2. Dein Zuhause gehört Dir!

Wir sind konsequent gegen die Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestands. Wir bewahren das öffentliche Eigentum und wenden uns gegen Wohnungsverkäufe. Spekulanten haben mit uns keine Chance!

#### 3. Dein Zuhause, warm und trocken!

Wer wenig Geld hat, ist auf eine Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) angewiesen. Dass diese Erstattung hoch genug und angemessen ist, muss sichergestellt sein. Die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort und die aktuellen Mietspiegel sowie rechtlich ausgewogene Richtlinien sollen helfen, angemessen und bedarfsgerecht KdU-Kosten zu erstatten. Das kommunale Jobcenter soll ständig angehalten werden, die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten. Stromsperrern und das Abklemmen von Warmwasser, inkl. Heizung, lehnen wir ab.

#### 4. Dein Zuhause zum Wohlfühlen!

Eine Wohnung ist wichtig, doch genauso wichtig ist das Drumherum. Städtische und dörfliche Ortskerne wollen wir erhalten, bzw. beleben. Geschäfte und Supermärkte, Grünflächen, Plätze zur Erholung sowie Begegnungs-, Spiel-, Sport- und Bildungsangebote gehören dazu. Ortsentwicklung ist viel mehr als Bau- und Verkehrsplanung! In den ländlichen Räumen können multifunktionale Dorfgemeinschaftshäuser das Leben vor Ort bereichern. In Stralsund wollen wir Lücken bebauen, aufstocken und Brachflächen nutzbar machen, bevor weiterer Boden versiegelt oder der Stadtrand zersiedelt wird.

#### 5. Wohnen im Alter!

Bezahlbare Formen des betreuten Wohnens wollen wir unterstützen. Die Kosten von Unterbringungen in Pflegeheimen müssen tragbar sein.

#### 6. Bauvorschriften!

Überbordende Bürokratie und ausufernde Bauvorschriften dürfen die Schaffung von Wohnraum nicht unmöglich machen. Hier gilt es bei den Behörden praktisch zu handeln und unsinnige Vorgänge abzuschaffen. Die Genehmigungsverfahren müssen viel schneller erfolgen. Denn Zeit kostet hier im wahrsten Sinne des Wortes Geld.

Vorgaben für eine bessere Energieeffizienz sind sicher gut, aber müssen von den Menschen auch bezahlt werden können.



# Ehrenamt

## Ehre den Ehrenamtlichen

Ohne das Ehrenamt würde unsere Gesellschaft stillstehen. Umso erstaunlicher, dass seitens der großen Politik im Gegensatz zur kommunalen und Länderebene so wenig getan wird, um es entsprechend zu würdigen. Wir verstehen das Ehrenamt, von freiwilliger Feuerwehr, Kulturinitiativen, Sportvereinen bis zum Sozialprojekt für Einkommensschwache oder Senioren, als einen Grundpfeiler im Zusammenleben unserer Gesellschaft.

### Unsere Ziele:

#### 1. Anerkennung und Wertschätzung

Wir fördern die Anerkennung und Wertschätzung von Ehrenamtlichen, indem öffentliche Veranstaltungen oder Auszeichnungen für ihr Engagement organisiert werden. Dies wird das Bewusstsein für die Bedeutung des Ehrenamts in der Gemeinschaft steigern. Die Bedeutung der Ehrenamtskarten soll daher, auch in der Fläche, ausgeweitet werden.

#### 2. Freiwillige Feuerwehren

Für sie braucht es ein umfassendes Ausbildungs- und Zukunftskonzept. Neben gut aufgestellten Wehren in den Städten und größeren Gemeinden gibt es auch solche, die effektiv nicht mehr einsatzfähig sind. Dies liegt zum einen an mangelnden essenziellen Ausbildungsmöglichkeiten und zum anderen am Verlust von potentiellen Mitstreitern besonders in kleineren Dörfern. Gemeinsam mit den Kameradinnen und Kameraden wollen wir Lösungen für diese Probleme angehen und so Sicherheit in der Zukunft schaffen. Die Aufwandsentschädigungen müssen der Bedeutung der Aufgaben Rechnung tragen.

#### 3. Finanzielle Unterstützung

Wir fordern umfassend finanzielle Unterstützung für ehrenamtliche Organisationen und Programme, um sicherzustellen, dass sie die notwendigen Ressourcen haben, ihre Arbeit effektiv zu erledigen. Dies kann Zuschüsse, Stipendien oder Sachleistungen umfassen. Die entsprechenden Förderrichtlinien sollen daher neuen Bedingungen und der Teuerung angepasst werden.

#### 4. Weiterbildung

Schulungs- und Weiterbildungsprogrammen für Ehrenamtliche sind in ausreichendem Maße bereitzustellen, um ihre Fähigkeiten zu stärken und die Qualität ihrer Arbeit zu verbessern. Dies kann in Bereichen wie Gemeindeentwicklung, soziale Dienste oder Umweltschutz erfolgen.

#### 5. Rechtliche Rahmenbedingungen

Wir setzen uns dafür ein, dass ehrenamtliche Arbeit rechtlich geschützt ist und Ehrenamtliche angemessene Versicherungen und rechtliche Absicherung haben, um etwaige Risiken bei ihrer Tätigkeit abzudecken.

#### 6. Gemeinschaftszentren und -räume

Linke Politik kann die Schaffung von Gemeinschaftszentren und -räumen unterstützen, die von Ehrenamtlichen betrieben werden. Diese Orte können als Plattformen für ehrenamtliche Aktivitäten dienen und die Gemeinschaftsbildung fördern.

Unser Kommunalwahlprogramm nennt 16 Thematiken, die man nicht einzeln und isoliert betrachten kann. Wie im Leben ergänzen sie einander, überschneiden sich und wirken oft gemeinsam, manchmal parallel. Eines ist für DIE LINKE aber immer wichtig: Überall muss es sozial gerecht zugehen. Es darf nicht überwiegend von den finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Menschen abhängen wie alle diese Dinge auf sie wirken.

Dafür stehen wir.

Dafür streiten wir.

Dafür legen wir uns auch mit den Entscheidungsträgern an.

A red rectangular banner with the text 'Hier ist Die Linke' in white. 'Hier ist' is in a bold, sans-serif font, and 'Die Linke' is in a larger, stylized font with a white outline and a slight shadow effect.

#### Kontakt:

Geschäftsstellen der Partei DIE LINKE im Landkreis Vorpommern-Rügen

18135 Stralsund; Heinrich-Heine-Ring 123; Telefon: 03831 306740

18528 Bergen; Hermann-Matern-Straße 35; Telefon: 038388 822 81 42

18507 Grimmen; Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße 21; Telefon: 0162 1552770

E-Mail: [vr@die-linke-mv.de](mailto:vr@die-linke-mv.de)

[www.die-linke-vorpommern-ruegen.de](http://www.die-linke-vorpommern-ruegen.de)

#### Informationen über die Arbeit der Kreistagsfraktion DIE LINKE im KT VR:

18439 Hansestadt Stralsund; Frankendamm 47

Telefon: 03831 2031621 / Mobil: 0162 1552770

Email: [kt.vpr.dielinke@gmail.com](mailto:kt.vpr.dielinke@gmail.com);

[www.fraktion-die-linke-kreistag-vorpommern-ruegen.de](http://www.fraktion-die-linke-kreistag-vorpommern-ruegen.de)

V.i.S.d.P. Kreisvorstand  
DIE LINKE  
Vorpommern-Rügen  
Heinrich-Heine-Ring 123  
18435 Stralsund

# **Kommunalwahlen am 9. Juni 2024**

**Hingehen!  
Abstimmen!  
Mitentscheiden!**

*weil wir hier  
zu Hause sind!*

---



**Die Linke**